

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Gebühr
vierteljährlich für Dresden
bei Abnahme von 10 Exemplaren
3 Mark, bei Abnahme von 20
Exemplaren 5 Mark, bei Abnahme
von 50 Exemplaren 10 Mark,
bei Abnahme von 100 Exemplaren
18 Mark, bei Abnahme von 200
Exemplaren 32 Mark, bei Abnahme
von 500 Exemplaren 60 Mark,
bei Abnahme von 1000 Exemplaren
100 Mark. — Ausland: Post-
nachnahme, halbjährlich 6 Mark,
jährlich 10 Mark, bei Abnahme
von 100 Exemplaren 18 Mark,
bei Abnahme von 200 Exemplaren
32 Mark, bei Abnahme von 500
Exemplaren 60 Mark, bei Abnahme
von 1000 Exemplaren 100 Mark.
— Einzelhefte 10 Pfennig.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Anzeigen bis zum
1. August, Sonntags nur
Mittags bis 12 Uhr, die
einmalige Zeile (etwa
8 Zeilen) 50 Pf., die
zweimalige Zeile 75 Pf., die
dreimalige Zeile 1.00 Pf., Familien-
Nachrichten aus Dres-
den die einm. Zeile
25 Pf. — In Zusam-
menhang mit dem
Festhalten der Anzei-
gen, Kassiererei
Wahlzettel nur gegen
Vorauszahlung.
— Jedes Blatt 10 Pf.

Kohlensäure Bäder Diana-Bad
sowie
Kur-Bäder aller Art 22 Bürgerwiese 22.

Telegraphische Adresse: Nachrichten Dresden.
Sammelnummer für sämtl. Telephonanschlüsse: 25 241.

Hauptgeschäftsstelle:
Baricestraße 38/40.

Haut-Bleichcreme
„Chloro“ bleicht Gesicht und Hände in kurzer Zeit rein weiß. Wirk-
samstes unschädliches Mittel gegen unschöne Hautfarbe, Sommersprossen,
Leberflecke, gelbe Flecke, Hautunreinigkeiten. Echt „Chloro“ Tube
1 Mark; dazu gehörige „Chloroseife“ 60 Pf., vom Laboratorium „Leo“,
Dresden 2. Erhältlich in Apotheken, Drogerien und Parfümerien. Hauptdepot:
Löwen-Apotheke, Dresden, Altmarkt.

Dresdner
Feldschlösschen-Lager
bleibt unübertroffen!

Beleuchtungs-Gegenstände
für jede Lichtart
Anfertigung kunstgewerblicher Beleuchtungs-Körper.
Größte Auswahl. Viele Referenzen.
**Julius Schädlich, Kronleuchter-
Fabrik, Am See 16. Fernsprecher 1136.**

Josef ELJEN QUALITÄTS 5 CIGARETTE

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Bitterung: Reich better, etwas wärmer, vorwiegend trocken.

Der Kolonialkaasssekretär Dr. Solz tritt von England aus seine Inspektionsreise nach Kamerun und Togo an, der sich ein Besuch in Nigeria anschließen wird.

Der endgültige Entwurf für ein Reichs-Theatergesetz wurde unweit im Reichsamt des Innern fertiggestellt.

Die Sitzungsperiode des französischen Parlaments ist gestern geschlossen worden.

Eine Abordnung englischer Offiziere begab sich nach Frankreich, um den Sommerübungen des französischen Heeres beizuwohnen.

Die bulgarisch-griechische Verständigung wird in Bukarest größtenteils auf eine Vermittlung Kaiser Wilhelms zurückgeführt.

König Carol von Rumänien erhielt von Kaiser Wilhelm einen telegraphischen Glückwunsch zum Friedensschluss.

Die Pforte wird, nach Meldungen aus Konstantinopel, in ihrer Antwortnote voraussichtlich auf ihrem bereits kundgegebenen Standpunkte verharren.

Der Exkulan von Marokko, Mules Hafid, nimmt an einer Pilgerfahrt nach Mekka teil.

Der venezolanische Präsident Gomez begab sich zu den Truppen, um einem etwaigen Putschversuch Castro entgegenzutreten.

Die Schwierigkeiten der Kabinettsbildung in Holland.

Schon seit Wochen schleppt sich in Holland die Regierungskrise hin. Noch immer ist das neue Ministerium nicht zusammengekommen, trotzdem große Fragen der Erledigung harren. Wie erinnert, geht diese Regierungskrise auf den Ausgang der letzten Wahlen zurück. Die Wahlen hatten den Sturz der bisherigen konservativ-liberalen Mehrheit gebracht und den vereinigten Liberalen und Sozialdemokraten die Vorherrschaft gesichert. Das konservative Ministerium De Meester hatte seine Entlassung eingereicht. Auf den Rat des scheidenden Ministerpräsidenten wandte sich die Königin an die Führer der Liberalen und Sozialdemokraten mit dem Auftrag zur Bildung eines Ministeriums. Da die Wahlen einen deutlichen Rück nach links ergeben hatten und nach dem in Holland herrschenden parlamentarischen Regierungssystem die Sieger die Regierung zu übernehmen haben, war dies das Gegebene. Nun haben in dem Mod der Linken die Sozialisten wiederum die Mehrheit inne. Sie waren also in erster Linie zur Kabinettsbildung berufen. Der Sozialistenführer Dr. Troelstra, seines Zeichens ein Rechtsanwalt, ein Mann mit gemäßigten Anschauungen, nach untern Begriffen ein „Revisionsist“, wurde zur Königin berufen, um das Programm seiner Partei zu entwickeln, um darüber Auskunft zu geben, ob und unter welchen Bedingungen seine Partei geneigt wäre, mit der liberalen Partei eine Regierungspartei zu bilden. Es war dies in Holland die erste Begegnung der Trägerin der Staatsgewalt mit der revolutionären Sozialdemokratie. Die Begegnung wurde daher mit besonderem Interesse verfolgt. Das Programm, das Troelstra vor der Königin entwickelte, ging dahin, daß die Sozialdemokratie selbst die Kabinettsbildung nicht übernehmen, auch nicht durch Entsendung von Mitgliedern in das neue Ministerium direkt an der Regierung teilnehmen wolle, aber bereit sei, ein liberales Ministerium unter folgenden Bedingungen zu unterstützen: 1. Verfassungsrevision und Einführung des allgemeinen und gleichen Stimmrechts; 2. Staatliche Alterspensionen für die Arbeiter und 3. Keine weitere Vermehrung der Militärlasten. — Dagegen erkläre sich die Sozialdemokratie geneigt, während der nächsten vierjährigen Legislaturperiode weder die Fragen der kapitalistischen Weltordnung noch die der monarchischen Staatsform aufzuwerfen. Mit dem Eintritt der Sozialisten ins Ministerium war es also nichts, aber es war auch die Möglichkeit nur gering, daß ein liberales Ministerium sich finden würde, das bereit wäre, auf Grund dieser sozialistischen Bedingungen die Kabinettsbildung zu übernehmen.

Die Königin wandte sich, nachdem sie Troelstra empfangen hatte, an den hervorragendsten der liberalen Parlamentarier Dr. Vos und verlangte von ihm die Bildung eines Kabinetts. Es blieb ihm, da die Liberalen allein zur Regierungsmehrheit nicht ausreichten, nichts anderes übrig, als sich seinerseits an die Sozialisten zu wenden zwecks Teilnahme an dem neuen Kabinett; er bot daher der sozialdemokratischen Parteileitung drei Ministerstellen in dem von ihm zu bildenden Kabinett an. Diese bot sich Bedenklich aus und erklärte, die Frage einem außerordentlichen Parteitag vorlegen zu müssen, der denn auch stattfand. Dieser Konvent billigte das Verhalten Dr. Troelstras. Die Folge war, daß Vos seinen Auftrag in die Hände der Königin zurückgab. Es blieb nunmehr der Krone nichts anderes übrig, als die Bildung eines außerparlamentarischen Geschäftsministeriums in Erwägung zu ziehen. Um den Zustand der Regierungslage nicht ins Ungewisse zu verlängern, beauftragte die Königin den Staatsrat und früheren liberalen Minister Cort van der Linden mit der ehrenvollen Bildung eines Geschäftsministeriums. Noch hat indessen Cort van der Linden die Kabinettsbildung nicht übernommen, weil man sich immer noch der Hoffnung hingibt, daß das liberal-sozialistische Konzentrationalkabinett doch noch zustande kommen, daß die Sozialisten ihre Haltung ändern werden. Gerade in rechtsstehenden Kreisen Hollands wünscht man, und gewiß mit Recht, daß ein liberal-sozialistisches Ministerium zustande käme statt eines scheinbar farblosen, tatsächlich aber liberalen Geschäftsministeriums. Man weiß nur zu gut, daß das letztere nur äußerlich eine neutrale Marke zeigen, daß aber von den unverantwortlichen Ratgebern im liberalen und sozialistischen Lager hinter den Kulissen um so mehr beeinflusst werden würde. Der Wunsch ist daher berechtigt, daß die Sozialisten auch an die verantwortliche Stelle gelangen, daß sie selbst die Verantwortlichkeit in der Regierung mit übernehmen. Man kann sich denken, daß vielen holländischen Sozialisten dieser Gedanke unangenehm ist, weil sie lieber vom Opponenten und Verneinern, vom Aufheben des Volkes gegen die Regierung und der Unzufriedenheit leben wollen und bisher gute Geschäfte dabei gemacht haben. Nun sollen sie zeigen, ob sie auch einer politischen Leistung fähig sind, ob sie wirklich fruchtbarer Arbeit leisten können. Man will sie zwingen, aus ihrer passiven Rolle herauszutreten.

Unter dem Druck der öffentlichen Meinung hat sich denn auch bereits ein Umschwung im sozialistischen Lager vollzogen. Es erheben sich verschiedene Stimmen, die für die Übernahme der angebotenen Ministerposten durch die Sozialisten Partei eintreten und eine Verpflichtung konstatieren, an der Bildung eines arbeitstüchtigen Ministeriums der Linken mitzuwirken. Der Depu-

tierte Vliegen und der einzige Sozialist im Oberhaus, Van Kol, haben sich besonders dafür eingesetzt. Die Anstifter des Marxismus, die doktrinareren Parteigrößen, schreien natürlich Jeter und Mordio ob dieses „Verrates“ und möchten am liebsten die „Reger“ aus der Partei austheben. Aber sie haben nicht mehr die Mehrheit hinter sich. In den sozialistischen Massen herrscht allgemeine Unzufriedenheit mit den Ergebnissen des ersten außerordentlichen Kongresses. Verschiedene Abteilungen forderten einen neuen Kongress zur Revision der Beschlüsse des ersten. Der sozialistische Abgeordnete Schaper hat sich zum Chorführer dieser Unzufriedenen gemacht und hat es denn auch innerhalb der Parteileitung durchgesetzt, daß ein neuer Kongress einberufen wurde. Dieser soll nun heute und morgen in Amsterdam stattfinden. Es ist durchaus möglich, daß er sich für eine Teilnahme an der Regierung entscheidet. Natürlich wird man gewisse Garantien fordern, um einen Teil des sozialistischen Programms zu verwirklichen, so vor allem die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts und die Einführung von Alterspensionen für die Arbeiter.

In den rechtsstehenden Kreisen Hollands sieht man der Bildung eines eventuellen liberalen und sozialistischen Kabinetts mit großer Ruhe entgegen, ja man erhebt sogar, wie schon erwähnt, den Eintritt von Sozialisten in die Regierung. Es herrscht in diesen Kreisen durchaus das Bewußtsein vor, daß die neue Regierungsmehrheit bald abgewirtschaftet haben wird. Denn einmal bestehen scharfe, persönliche Gegensätze zwischen dem Führer der Liberalen Dr. Vos und dem Haupt der Demokraten Tjardema einerseits und dem Sozialistenführer Troelstra andererseits. Auch glaubt man, daß die prinzipiellen Gegensätze zwischen beiden Gruppen sehr bald sich in voller Schärfe geltend machen werden. Endlich weiß man darauf hin, daß ein Verzicht der vereinigten Liberalen und Sozialisten, dem Lande ein demokratisches Wahlrecht aufzuzwingen, an der festen Haltung des in seiner überwiegenden Mehrheit konservativ zusammengesetzten Oberhauses scheitern muß. Ein hartnäckiger Kampf der beiden Häuser gegeneinander wird die Folge sein. Ob dieser Kampf unbedingt zu Ungunsten des Oberhauses enden wird, erscheint durchaus zweifelhaft. Der Konservatismus hat in Holland noch lange nicht ausgedient. Die Demokratie kann sich noch auf mancherlei Ueberreichungen gefaßt machen.

Sollte das Votum des erwähnten Kongresses wieder in negativem Sinne ausfallen, dann bleibt als letzte Rettung immer noch die Bildung eines Geschäftsministeriums. Auch in diesem Falle sind Kompensationen nicht ausgeschlossen.

Rußland und Oesterreich für die Friedensrevision.

Zwar steht bis jetzt noch nicht positiv fest, welche Mächte für die Revision des Bukarester Vorfriedensvertrages sind, kann doch so viel gesagt werden, daß unzweifelhaft verschiedenartige Auffassungen in den einzelnen Kabinetten vorhanden sind. Einzelne Mächte wünschen scheinbar keine Revision und zu diesen gehört Deutschland, angeblich auch England und Frankreich, während Rußland und Oesterreich den Friedensvertrag zugunsten Bulgariens ändern möchten. Diese beiden Ansichten werden von der offiziellen Presse in den einzelnen Hauptstädten mit bemerkenswerter Schärfe vertreten. Auffallend ist vor allem der scharfe Ton, der in Petersburg gegenüber Paris angeschlagen wird. So schreibt zum Beispiel die Petersburger „Nowoje Wremja“ im Hinblick auf Kowalla, Frankreich habe sich der phantastische Gedanke an die Errichtung eines großen Griechenlands bemächtigt. Das sei ein genügender und selbst zwingender Anlaß zur Revision der Grundlagen der russisch-französischen Beziehungen. Gleichgültig wendet sich die „Nowoje Wremja“ auch gegen Deutschland, von dem das Blatt annimmt, daß es auch in der Kowallafrage gegen Rußland stehe. Auch der „Reich“ meint, daß Frankreich Rußland verraten habe, und bezeichnet die französische Mittelmeerpolitik als illusionär.

In Wien wiederum vertritt die Presse des Grafen Berchtold ebenfalls sehr scharf den Gedanken einer Revision des Friedens. So schreibt die Wiener „Reichspost“ am Freitag auf Grund von Mitteilungen aus diplomatischer Quelle: „Die Revision der Bukarester Vorfriedens-

bedingungen wird durchgeführt werden. Die Zugehörigkeit Kowallas und Zentralmazedoniens wird im Rahmen der Gerechtigkeit und der Sicherung eines dauernden Friedens zugunsten Bulgariens gelöst werden müssen.“

Rußland für eine Revision.
Aus Bukarest wird amtlich gemeldet: Die russische Regierung unternahm bei der rumänischen durch ihren Gesandten einen Schritt, um sie daran zu erinnern, daß sie sich die Möglichkeit vorbehalte, den Bukarester Friedensvertrag, was Kowalla anbetrifft, einer Revision zu unterziehen. Es verlautet, daß ein ähnlicher Schritt kürzlich von Oesterreich-Ungarn unternommen wurde. Dieses Vorhaben hat die öffentliche Meinung lebhaft erregt. Die Bukarester Presse überwarf Kritik daran.

Was Oesterreich vorschlagen wird.
Als die neue serbisch-bulgarische Grenze, die Oesterreich-Ungarn bei den Revisionsunterhandlungen als angemessen bezeichnen wird, nennt man in unrichtigen Kreisen die Wardar-Ebene und erklärt, daß Serbien auch dann genug Bulgaren unter seine Herrschaft bekommen werde, aber es müßte bezüglich deren Behandlung den europäischen Mächten ein ähnliches Kontrollrecht zur Verfügung stehen, wie dies bezüglich der albanisch-italienischen und mohammedanischen Angehörigen in den neuen serbisch-montenegrinischen Gebieten der Fall sein wird.